

AKTIV.IST.IN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 1 / MÄRZ 2024



PROTEST

Gewalt und Schikanen
gegen Demonstrierende

FEMIZIDE

Tödliche Gewalt gegen
Frauen

SETZ DICH EIN

für Pierina / Argentinien
für Aleksandra / Russland

NETZWERK FRAUENRECHTE



**AMNESTY
INTERNATIONAL**





WEB
frauenrechte.amnesty.at

E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK
@amnestynetzwerkfrauenrechte

INSTAGRAM
amnestynetzwerkfrauenrechte_at

SPENDENKONTO
BIC: GIBAAWXXXX
IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326

lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH

Verwendungszweck:
NETZWERK FRAUENRECHTE

Spenden an Amnesty sind
steuerlich absetzbar.

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Jedes Jahr am 14. Februar tanzen Millionen Frauen auf der ganzen Welt für ein Ende der Gewalt und für Gleichberechtigung. One Billion Rising ist eine globale Bewegung und es ist kraftvoll zu sehen, wie Frauen tanzend den öffentlichen Raum nutzen, um sich zu solidarisieren und zu protestieren. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, demonstrieren erneut Millionen Menschen weltweit. Ein einziger Tag im Jahr reicht jedoch nicht aus, um in einer patriarchalen und ungerechten Gesellschaft wütend zu sein.

Wir könnten jeden Tag zu einem anderen Thema demonstrieren: von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen über Sexismus und Diskriminierung bis hin zur Gender Pay Gap und Benachteiligung in der Medizin. Die Liste ist lang und kann je nach Land noch erweitert werden: von systematischen Vergewaltigungen von Demonstrantinnen (wie im Iran) über Entführungen von Aktivistinnen (in Afghanistan) bis hin zur Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen (in Ländern wie Polen, den USA und Venezuela).

In Österreich allein wurden im vergangenen Jahr 28 Frauen ermordet und weitere 38 Frauen überlebten nur knapp einen Mordversuch. Jede dritte Frau erlebt ab dem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt.

Dennoch erhalten Frauen am 14. Februar und am 8. März oft Blumen und Pralinen, anstatt dass ihnen das ganze Jahr über geglaubt wird, wenn sie von ihren Gewalterfahrungen berichten. Der Verein Catcalls of Vienna und auch die Geschäftsführerin der Autonomen Frauenhäuser kommen in dieser Ausgabe der AKTIV.IST.IN zu Wort und berichten, dass die Zahlen zu Gewalt gegen Frauen in Österreich sehr hoch sind. Belästigung auf der Straße wird nicht wie in anderen europäischen Ländern strafrechtlich verfolgt, und notwendige Änderungen im Gewaltschutzbereich werden von der Politik nicht ausreichend finanziert. Zudem werden den Betroffenen oft nicht geglaubt oder ihre Erfahrungen werden bagatelisiert. Was wir brauchen, ist keine Schokolade, sondern Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen.

Und übrigens: Zum Mutter- und Vatertag wünschen wir uns ganzjährig mehr Kinderbetreuungsplätze mit langen Öffnungszeiten.

Teresa Elser, für das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte



INHALT



- 3 ERFOLGE** Freigelassen, freigesprochen
- 4 SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH** Aktivist*innen kriminalisiert
- 6 FEMIZIDE** Tödliche Gewalt gegen Frauen
- 7 FRAU* SCHAFFT RAUM** Kunstprojekt gegen Gewalt
- 8 INTERVIEW** mit Maria Rösslhuber / AÖF
- 10 IRAN** Sicherheitskräfte vergewaltigen Demonstrierende
- 12 JEMEN** Fatma al-Arwali droht die Hinrichtung
- 13 RUSSLAND** Sieben Jahre Haft wegen Kritik am Ukrainekrieg
- 14 SUDAN** Frauen führen die Revolution an
- 15 SIMBABWE** Wegen Landesverrat angeklagt
- 16 PUERTO RICO** Frauenkollektiv zwingt Gouverneur in die Knie
- 18 DIES&DAS** Kurzmeldungen
- 21 APPELLBRIEFE** Bitte absenden!
- 27 30 JAHRE** Amnesty-Netzwerk Frauenrechte
- 28 KAMPAGNE** Zur Nationalratswahl. Impressum

GUTE NACHRICHTEN: FREIGELASSEN, FREIGESPROCHEN

Vielen Dank allen, die sich eingesetzt haben!

ANDORRA: FREISPRUCH FÜR VANESSA MENDOZA CORTÉS



© Associació Stop Violències

Die Frauenrechtsaktivistin Vanessa Mendoza Cortés wurde am 17. Jänner 2024 vor einem Gericht in Andorra vom Vorwurf der Verleumdung freigesprochen. Das Urteil ist ein wichtiger Sieg für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Sie ist die Vorsitzende der Frauenrechtsorganisation Stop Violències, und wurde wegen Verleumdung strafrechtlich angeklagt, nachdem sie auf einer Sitzung des UNO-Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW), der 2019 die Bilanz des Landes im Bereich der Frauenrechte überprüfen sollte, Bedenken über das totale Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen in Andorra geäußert hatte.

BANGLADESCH: KHADIJATUL KUBRA AUF KAUTION FREIGELASSEN. Die Studentin Khadijatul Kubra aus Bangladesch saß über ein Jahr in Untersuchungshaft. Ihre Anträge auf Kaution wurden wiederholt abgelehnt. Ab August 2023 forderte Amnesty International ihre sofortige und bedingungslose Freilassung, und am 16. November 2023 wurde sie schließlich auf Kaution freigelassen. Khadijatul Kubra war 17 Jahre alt und studierte in Dhaka, als sie das Webinar einer

Online-Talkshow namens „Humanity for Bangladesh“ moderierte. Ein Gastredner kritisierte im Webinar die Regierung. Daraufhin eröffnete die Staatsanwaltschaft nach dem Gesetz über die digitale Sicherheit (DSA) ein Strafverfahren gegen Khadijatul Kubra und den Gastredner. Khadija wurde am 27. August 2022 verhaftet und trotz ihres schlechten Gesundheitszustands ohne Anklage festgehalten.

GUATEMALA: VIRGINIA LAPARRA IN FREIHEIT. Am 3. Jänner 2024 wurde die Freilassung von Virginia Laparra in Guatemala City gerichtlich angeordnet. Im Dezember 2022 war die ehemalige Staatsanwältin der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (Fiscalía Especial contra la Impunidad, FECI) zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie sich gegen Korruption in Guatemala einsetzte. Virginia Laparra war eine gewaltlose politische Gefangene. 2018 leitete sie ein Verfahren gegen einen Richter ein, der geheime Informationen über einen Korruptionsfall herausgegeben hatte. Nach einer Strafanzeige des Richters gegen Dr. Virginia Laparra wurde ein strafrechtliches Verfahren gegen sie eingeleitet.



© Verdad y Justicia Guatemala, 2022.

IRAN: HAFTFREISTELLUNG FÜR NAHID TAGHAVI. Über 1.180 Tage sind seit Nahid Taghavis Verhaftung vergangen, nun ist sie endlich wieder in Freiheit. Der 69-jährigen Deutschen wurde von iranischen Behörden am 9. Jänner 2024 eine Haftfreistellung gewährt. Diese ist dringend notwendig, da sich der Gesundheitszustand der Frauenrechtsverteidigerin zusehends verschlechtert. Amnesty International und viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich für ihre bedingungslose Freilassung ein.



© Amnesty Deutschland / Jarek Godlewski

Aktion von Amnesty Argentinien vor dem Palast des argentinischen Nationalkongresses in Buenos Aires zum ersten Jahrestag der Legalisierung von Schwangerschaftsabbruch, 30. Dezember 2021.

© Amnesty International / Tomás Ramírez Labrousse



SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

KRIMINALISIERT UND EINGESCHÜCHTERT

Menschen, die den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen verteidigen und wichtige Dienstleistungen erbringen, werden stigmatisiert, eingeschüchtert, angegriffen und ungerechtfertigt verfolgt.

Die Arbeit von Aktivist*innen und Dienstleister*innen für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch wird immer schwieriger und gefährlicher, selbst in Ländern, in denen Schwangerschaftsabbrüche gesetzlich erlaubt sind. Das dokumentiert Amnesty International im Bericht „An Unstoppable Movement: A global call to recognize and protect those who defend the right to safe abortions“ vom November 2023. Der Bericht zeigt, dass weltweit zahlreiche Beschäftigte des Gesundheitswesens sowie Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Begleitpersonen Menschenrechtsverletzungen, Festnahme, Strafverfolgung und Gefängnis fürchten müssen, weil sie sich für das Recht auf Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen. Das geschieht selbst in Ländern, in denen Schwangerschaftsabbrüche unter bestimmten Umständen gesetzlich erlaubt sind. Wer Dienstleistungen in Verbindung mit Schwangerschaftsabbrüchen anbietet, muss mit der Angst leben, angegriffen oder strafrechtlich verfolgt zu werden, egal ob die Leistungen im jeweiligen Land legal sind oder nicht. Wer entsprechende Dienstleistungen in Anspruch nehmen möchte, muss große Hindernisse

überwinden. Dies gilt insbesondere für Angehörige ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen. „Das Recht auf Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist maßgeblich für die Gewährleistung der Menschenwürde aller Personen, die schwanger werden können. Diejenigen, die dieses Recht verteidigen und seine Ausübung ermöglichen, verdienen unseren Respekt und Schutz. Dennoch halten viele Staaten auf der ganzen Welt an einer Politik der Überregulierung und Kriminalisierung fest, die für diejenigen, die den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen verteidigen, ein feindliches, ja sogar gefährliches Umfeld schafft,“ sagt Agnès Callamard, internationale Generalsekretärin von Amnesty International, und weiter: „Öffentliche Rhetorik gegen Schwangerschaftsabbrüche sowie entsprechende Maßnahmen und Gesetze sorgen dafür, dass medizinisches Personal und Menschenrechtsverteidiger*innen ins Fadenkreuz geraten. Stigmatisiert, diskriminiert, kriminalisiert, inhaftiert, sogar getötet – die Rechte derjenigen, die den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen verteidigen, sind unter Beschuss. Doch ihr Recht darauf, angstfrei arbeiten zu können, wichtige Dienstleistungen frei von Bedrohung zu erbringen und

ihren Beruf ohne Diskriminierung auszuüben, muss geachtet und geschützt werden.“

AUSGEGRENZT, BEDROHT UND ALLEINGELASSEN.

Obwohl Abtreibungsgesetze im Allgemeinen immer progressiver werden, wird der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen durch die Förderung von Desinformationen und toxischen Narrativen behindert: Verleumdungskampagnen, die den öffentlichen Diskurs unterwandern und gegen das Recht auf Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sowie gegen diejenigen, die dieses Recht verteidigen, mobil machen.

Der Amnesty-Bericht stützt sich auf mehr als 40 Gespräche mit Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit und entstand mit der Hilfe von Basisorganisationen und globalen Gesundheitsorganisationen. In dem Bericht erläutern Personen, die den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen verteidigen, insbesondere im Gesundheitswesen Beschäftigte, dass sie sich häufig ausgegrenzt und alleingelassen fühlen. Ihre Arbeit erhält keine Anerkennung und sie müssen Kriminalisierung, Schikane, Stigmatisierung, Ausgrenzung, verbale Drohungen und Gewalt befürchten.

Zudem führt ihre Arbeit oft zu Burnout. Einige Gesundheitsdienstleister*innen mussten beobachten, wie ihre persönlichen Daten im Internet verbreitet wurden; andere sind sich nicht sicher, ob sie es unversehrt nach Hause schaffen werden.

Einige Beispiele aus dem Bericht veranschaulichen die Situation:

Die venezolanische Lehrerin und Menschenrechtsverteidigerin Vannesa Rosales wurde kriminalisiert, weil sie einer Frau und ihrer 13-jährigen Tochter geholfen hatte, Zugang

@ Karolina Jackowska



zu einem Schwangerschaftsabbruch zu erhalten.

In Polen wurde Justyna Wyrzyńska, die dem *Netzwerk Abortion Without Borders* und dem Aktivist*innenkollektiv *Aborcyjny Dream Team* angehört, verurteilt, weil sie einer Frau zu Abtreibungspillen verholfen hatte – einer sicheren Methode zum Beenden einer Schwangerschaft.

Eine Person, die sich in Ghana für sexuelle und reproduktive Rechte einsetzt, gab an, dass Dienstleistende in diesem Bereich tötlich angegriffen und öffentlich bloßgestellt werden, nur weil sie Aufklärung über Verhütungsmethoden betreiben.

IMMER NOCH 35 MILLIONEN UNSICHERE SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE. Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ist der Hauptgrund für die geschätzten 35 Millionen unsicheren Schwangerschaftsabbrüche, die pro Jahr vorgenommen werden. Aufgrund von Kriminalisierung befinden sich Beschäftigte des Gesundheitswesens ständig im Konflikt zwischen ihrer ethischen und beruflichen Pflicht, die bestmögliche Pflege zu leisten, und einer möglichen Strafverfolgung bei Nichteinhaltung regressiver Gesetze. Darüber hinaus fordert Amnesty International die Staatengemeinschaft auf, den Einsatz von Menschenrechtsverteidiger*innen für den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen als legitim und unverzichtbar für die Förderung und Verwirklichung der sexuellen und reproduktiven Rechte anzuerkennen.

TÖDLICHE GEWALT AN FRAUEN



Aktion vor dem Parlament
gemeinsam mit Catcalls of
Vienna

28 Frauen wurden in Österreich 2023 ermordet. Jede dritte Frau im Land hat körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt. Wie können Femizide verhindert werden? Was können wir alle gegen Gewalt an Frauen tun?

WAS SIND FEMIZIDE UND WAS DIE URSACHEN? Der Begriff Femizide bezeichnet die gezielte (bewusste) Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts.

Der Femizid ist die extremste Manifestation der Gewalt gegen Frauen und betrifft alle Regionen und Länder weltweit.

Die Gründe für Femizide reichen von patriarchalen Strukturen und traditionellen Geschlechterrollen bis hin zu wirtschaftlichen und sozialen Faktoren. Femizide werden oft von Partnern oder Ex-Partnern begangen.

FEMIZID ALS MENSCHENRECHTSVERLETZUNG. Das Recht der Frauen auf ein Leben frei von Gewalt ist im internationalen Menschenrechtssystem verankert.

Das Übereinkommen zur *Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)* verpflichtet die Vertragsstaaten zur rechtlichen und faktischen Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen, einschließlich der Privatsphäre.

Die 1993 verabschiedete *Erklärung zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen* enthält Normen und Grundsätze, die zu Quellen des Völkerrechts geworden sind.

Auch die *Europäische Konvention zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt* (so genannte „Istanbul-Konvention“) hat zum Ziel, insbesondere Frauen vor jeglicher Form geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen.

Ähnliche Abkommen gibt es für Lateinamerika und von der Afrikanischen Union.

WELTWEIT ERSCHECKENDE ZAHLEN. Laut einem UN-Bericht wurden im Jahr 2022 schätzungsweise 89.000 Frauen und Mädchen vorsätzlich getötet. Die Gesamtzahl der weiblichen Tötungsdelikte hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert. Die meisten Tötungen von Frauen und Mädchen haben geschlechtsspezifische Motive. 2021 wurden weltweit rund 45.000 Frauen und Mädchen von ihren Partnern oder anderen Familienmitgliedern getötet. Mehr als fünf Frauen oder Mädchen werden pro Stunde von einer Person aus ihrer eigenen Familie getötet.

FEMIZIDE IN ÖSTERREICH. In Österreich ist beinahe jede dritte Frau ab dem Alter von 15 Jahren von körperlicher und/oder sexueller Gewalt betroffen, sowohl innerhalb als auch außerhalb von intimen Beziehungen. Die Statistiken zeigen, dass dieser Anteil fast 35% der weiblichen Bevölkerung ausmacht. Im Jahr 2022 wurden laut polizeilicher Kriminalstatistik 29 Frauen – häufig von ihren (Ex-)Partnern oder Familienmitgliedern – ermordet. Davor gab es im Jahr 2018 einen Höchststand von 41 Morden an Frauen. Zum Vergleich: 2014 wurden 19 Frauen umgebracht. Es kam also in diesem Zeitraum zu mehr als einer Verdoppelung der ermordeten Frauen – ein trauriger Rekord. Monatlich werden mittlerweile etwa 3 Frauen ermordet. Beim überwiegenden Teil der Morde an Frauen bestand ein Beziehungs- oder familiäres Verhältnis zwischen Täter und Opfer. Im Jahr 2023 wurden 28 Frauen ermordet, davon waren mutmaßlich 26 Femizide, und es gab 38 Mordversuche bzw. Fälle schwerer Gewalt an Frauen. Im Jahr 2018 führte Österreich die Spitze der EU-Statistik über Frauenmorden an. Auffallend ist, dass in Österreich mehr Frauenmorde als Morde an Männern geschehen.

FRAU* SCHAFFT RAUM

Am 5. März 2021 wurde eine 35-jährige Trafikantin am Alsergrund in ihrer Trafik in der Nußdorfer Straße 4 von ihrem Ex-Partner in Brand gesetzt und erlag ihren schweren Verbrennungen. Dieser Ort des Verbrechens wurde jetzt ein Ort des Erinnerns, der Solidarität und der Prävention: FRAU* schafft Raum ist der erste feministische Kunstraum gegen Gewalt an Frauen*.

Das emanzipatorische Kunstprojekt will dazu beitragen, die Gewaltspirale in der Gesellschaft aufzubrechen. Dabei erhalten Künstlerinnen* die Möglichkeit, sich mit dem Thema Femizid und Gewalt gegen Frauen* auseinanderzusetzen.

FRAU* schafft Raum ist ein Hybrid aus Erinnerungs- und Kunstort. Seit Dezember 2023 werden hier regelmäßig Ausstellungen von zeitgenössischen Künstlerinnen* zu den Themen Femizid und Gewalt an Frauen* gezeigt, mit Fokus auf Solidarität und Empowerment. Die Ausstellungen sind rund um die Uhr einsehbar und leisten so einen Beitrag zur Sichtbarkeit dieser gesellschaftlich relevanten Kernthemen. Die ehemalige Trafik ist ein Ort des Verbrechens geworden, nun soll es ein Ort des Gedenkens sein, der aber auch Platz für Diskurs und Ideen für eine faire, gewaltfreie Zukunft bietet. So die Selbstbeschreibung des Projekts.

FRAU* SCHAFFT RAUM
Nußdorferstraße 4, 1090 Wien
täglich 08:00 bis 20:00 Uhr
frau-schafft-raum.at

demnächst:
„du hebst dich du stampfst es bricht“
15.02. – 16.4.2024
Gestaltung: Daniela Trinkl & Rachel J. Müller

NACHGESCHAUT:

Ausstellung „Da war die Angst“ 8.12.2023 – 8.02.2024

Gestaltung: Sabine Groschup

Man muss schon wissen, wonach man sucht, aber wer will schon daran erinnert werden, was mitten unter uns passiert ist. Was als Privatsache oft zu lange nicht gesehen wird, und niemanden anzugehen scheint, was einer als seine Privatangelegenheit gesehen, und damit einer anderen auch noch die letzte Privatheit geraubt hat.

Wir befinden uns in einer ehemaligen Trafik am Alsergrund bei einer Installation, da wo eine Frau ihren Lebensunterhalt bestritten hat, werden wir an die vielen Frauen erinnert, deren Partner ihr Lebensrecht bestritten haben, Männer entschieden haben, dass diese Frauen nicht einmal ihr Leben verdienen.

Wie stellt man sich den Fragen, die Femizid aufwirft, Fragen, die alle angehen. Was mich hier ganz privat berührt, ins Herz trifft, wie man sagt, trifft uns alle. Die Taten an die erinnert wird, dürfen uns nicht betroffen machen, sondern müssen es, weil sie uns längst betroffen haben.

Wir stehen stumm vor stillstehenden Uhren, jede für eine der ermordeten Frauen, derer hier gedacht wird. Zeit steht nicht still, die der Frauen ist nicht abgelaufen, sie wurde brutal gestoppt, ausgetickt eine schlechte Ausrede wie Familientragödie.

Was fangen wir mit der Zeit des Innehaltens und Bedenkens, die hier uns geboten wird an? Geschenkte Zeit kann sie nicht sein, wo geraubte Zeit das Ultimatum ist. Ablenkung hetzt Erinnerung: Wir leben in bewegten Zeiten, kurzlebigen sogar. Was bewegt uns, was können wir bewegen? Darf uns das sprachlos machen, wo wir den zum Schweigen gebrachten Gehör verschaffen müssen? Es ist spät geworden, nicht nur weil andere Besucher*innen hier vorbeischaun. Wir können weitergehen, es ist nie zu spät. Was zu tun, sind wir angehalten?

Nachgeschaut haben Shiva Badihi und Oliver Fleischmann

GEWALTSCHUTZ IN ÖSTERREICH. Österreich hat seit 1997 ein Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie (Gewaltschutzgesetz) und war eines der ersten europäischen Länder, in dem der Schutz vor häuslicher Gewalt gesetzlich geregelt wurde. Das Gewaltschutzgesetz erlaubt von häuslicher Gewalt betroffenen Personen in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben, während die gewalttätige Person die gemeinsame Wohnung verlassen muss.

DAS FORDERT AMNESTY. Staaten haben die menschenrechtliche Verpflichtung, geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern, Täter zu verfolgen und Opfern Zugang zu Schutz, Unterstützung und Wiedergutmachung zu gewähren.

- ◆ Geschlechtsspezifische Diskriminierung muss als grundlegende Ursache von geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Frauen anerkannt werden.
- ◆ Alle Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt müssen unter Strafe gestellt und Hindernisse für die Strafverfolgung beseitigt werden.
- ◆ Für Betroffene muss adäquater Schutz und Unterstützung geleistet werden.

GEMEINSAM GEGEN GEWALT AN FRAUEN!

Jede*r einzelne von uns kann einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Femiziden leisten.

- ◆ Informiere dich über das Thema.
- ◆ Hinterfrage Geschlechterstereotypen.
- ◆ Unterstütze Betroffene und achte auf Anzeichen von Gewalt in deinem Umfeld.
- ◆ Toleriere keine Gewalt: Melde Verdachtsfälle von Gewalt an die Behörden und unterstütze Opfer dabei, Hilfe zu suchen.
- ◆ Solidarisiere dich mit der Frauenrechtsbewegung.
- ◆ Engagiere dich in Aufklärung und Prävention: Bring dich in Projekten ein, die auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen abzielen.

SEIT 35 JAHREN AKTIV GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Wo Maria Rösslhuber, die langjährige Geschäftsführerin der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser, Chancen auf Veränderung sieht und konkret daran arbeitet, erklärt sie im Gespräch mit der Sprecherin der Amnesty-Netzwerks Frauenrechte, Dorothea Sturn.

Vor 45 Jahren wurde das erste Frauenhaus in Österreich bzw. in Wien errichtet und keine andere Organisation verbinden wir so sehr mit dem unermüdlichen Einsatz für von Gewalt betroffene Frauen wie die Autonomen österreichischen Frauenhäuser. Der Verein AÖF - die Dachorganisation der autonomen Frauenhäuser in Österreich – feiert in diesem Jahr gleich zwei Jubiläen: sein 35-jähriges Bestehen und auch das 25-jährige Jubiläum

der Frauenhelpline gegen Gewalt. Was ist in dieser Zeit alles passiert und was muss noch passieren? Wir haben nachgefragt und Maria Rösslhuber gab uns Antworten.

Liebe Maria, du bist jetzt seit 1997 dabei und fast so lange als Geschäftsführerin tätig. Wenn Du zurückblickst – was waren die größten Erfolge in den letzten Jahren?

Das Gewaltschutzgesetz 1997 war ein wichtiger Meilenstein, Österreich war damals eines der ersten Länder mit einem Gesetz zu häuslicher Gewalt. Es ermächtigt und verpflichtet die Polizei, einen Gefährder wegzuweisen und mit einem Betretungsverbot zu bele-

gen. Bei der Polizei ist ein angemessener Umgang mit solchen Situationen in der Ausbildung verankert. Das würde auch anderen Berufsgruppen guttun. Und es gab wichtige weitere Gesetze: Das Anti-Stalking Gesetz, die Opferrechte im Strafverfahren wurden ausgebaut, die kostenlose psychosoziale und

juristische Prozessbegleitung eingeführt. Seit 2014 schafft darüber hinaus die Ratifizierung der Istanbul-Konvention verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt.

Wie gut funktioniert die Kooperation mit der Polizei?

Die Kooperation mit Frauenhäusern funktioniert gut, und die Zusammenarbeit mit den Gewaltschutzzentren ist auch gesetzlich verankert. Im Umgang mit den Betroffenen agiert sie jedoch oft unsensibel und frauenfeindlich. Die Wegweisung ist nach wie vor ein wichtiges Instrument, vor allem, weil sie eine Konsequenz für die Täter darstellt. Ein Problem ist allerdings, dass die Wegweisung bei gefährlichen Tätern nicht greift. Jetzt gibt es eine „verpflichtende Täterberatung“, das ist gut, aber mit sechs Stunden „Beratung“ viel zu wenig.

Die Statistiken zu Femiziden und zu Gewalt an Frauen sind ernüchternd, weltweit und auch in Europa und Österreich. Mit fast 28 Frauenmorden allein im Jahr 2023 ist in Österreich die Zahl der Frauenmorde bezogen auf die Bevölkerungsanzahl im Vergleich zu anderen Ländern enorm hoch. Woran liegt das?

Ja das frage ich mich auch. Wir machen das jetzt schon so viele Jahre. Wir haben eine gute Infrastruktur, zahlreiche gesetzliche Grundlagen und viele Maßnahmen. Dennoch nimmt die Gewalt an Frauen nicht ab. Die Maßnahmen schützen offenbar nicht ausreichend: Die Täter werden nicht wirklich hart bestraft. Frauen werden von Behörden im Kreis herumgeschickt, fast jede Anzeige wird von der Staatsanwaltschaft eingestellt (8 von 10). Wenn es zum Strafverfahren kommt, werden viele freigesprochen oder sehr mild verurteilt. Höhere Maximalstrafen nützen hier wenig, da das vorgesehene Ausmaß nicht





ausgeschöpft wird. Den Frauen wird nach wie vor nicht ausreichend geglaubt, ihnen wird oftmals unterstellt, sich die Verletzungen selbst zugezogen zu haben. Die Behörden stoppen die Täter nicht und unterstützen Frauen nicht ausreichend. In anderen Ländern gibt es teilweise bessere Regelungen. In Spanien beispielsweise müssen Täter nach einer Wegweisung 24 Stunden in Haft, während die Gefährdung eingeschätzt wird. Bei uns hingegen sind die Gefährlichkeitseinschätzungen lückenhaft und eine Opfer-Täter-Umkehr steht immer noch auf der Tagesordnung.

Wir befinden uns mitten in den 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen. Es passiert einiges, ihr macht viel, wir machen auch einiges, Orange the World ist ebenso wie die Volkshilfe, die Grünen und die SPÖ Frauen sichtbar aktiv, die Wiener Linien beschriften ihre Fahrplananzeigen mit Kein Platz für Gewalt, im Alsergrund erinnert der Ni-Una-Menos-Platz an Nadine W., die 2021 in ihrer Trafik von ihrem Ex-Partner ermordet wurde. Und auch das offizielle Österreich (Parlament, Bundespräsident, Bundeskanzler, Frauenministerium) hat sich dazu geäußert. Dennoch: Müsste das nicht viel mehr, viel sichtbarer sein?

Es ist gut, dass es all diese Initiativen gibt. Es rumort in der Zivilgesellschaft, das ist spürbar, aber es fehlt eine große, massive Empörung. Und vor allem fehlt eine Gesamtstrategie, die auch der Rechnungshof eingemahnt hat. Anstatt bestehende Maßnahmen finanziell gut auszustatten und auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen, übertreffen sich die Verantwortlichen mit populistischen Ansagen.

Neben den bekannten Angeboten an Beratung und Hilfe für betroffene Frauen (die Informationsstelle gegen Gewalt, die Frauenhelpline gegen Gewalt 0800 222

555, die Onlineberatung HelpChat – www.haltdergewalt.at) gibt es nun auch die Initiative „StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt“. Kannst Du uns darüber kurz etwas erzählen?

Bei StoP versuchen wir, in die breite Bevölkerung zu gehen, Bewusstsein zu schaffen. Und wir wollen, dass Männer als Verbündete auftreten, und andere motivieren. Gewalt an Frauen ist ein Männerproblem und es bringt nichts, wenn es immer nur Frauen thematisieren. Wir haben uns auch sehr gefreut, dass #aufstehen jetzt Männer in den Fokus stellt.

Wenn Du drei Wünsche für die Zukunft frei hättest und Geld keine Rolle spielen würde, was wären diese?

Wir brauchen erstens eine grundlegende Änderung in der Gesellschaft, die noch immer stark patriarchalisch geprägt ist. Das heißt große Kampagnen, damit sich in den Köpfen etwas ändert. Das ist machbar, kostet aber viel Geld, viel Zeit und personelle Ressourcen.

Zweitens hätten wir gerne StoP in jeder Gemeinde verankert, nicht nur in den urbanen Zentren. Es ist ein sehr wirksames Gewaltpräventionsprojekt, um mit vielen Leuten ins Gespräch zu kommen. Auch das kostet Geld, wir rechnen mit 40.000 € pro Gemeinde, das sind 83 Mio. € pro Jahr.

Drittens brauchen wir mehr geschultes Personal im System. Das heißt auch mehr und bessere Schulungen vor allem für die Justiz (Richter*innen, Staatsanwält*innen, Gutachter*innen). Personen, die das Kindeswohl erkennen und nicht die Täterrechte in den Vordergrund stellen, was viel zu oft passiert.

Anmerkung: Das Gespräch wurde während der 16 Tage gegen Gewalt Ende November 2023 geführt.

Mehr zur Arbeit der Autonomen Frauenhäuser auf aöf.at

SICHERHEITSKRÄFTE VERGEWALTIGTEN DEMONSTRIERENDE

Iranische Sicherheitskräfte haben 2022 während der „Frau, Leben, Freiheit“-Demonstrationen Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt eingesetzt, um friedlich Protestierende einzuschüchtern und zu bestrafen.

Der Amnesty-Bericht vom Dezember 2023 *„They violently raped me‘: Sexual violence weaponized to crush Iran’s ‘Woman Life Freedom‘ uprising* liefert eine genaue Schilderung des Leidens von 45 Überlebenden, darunter 26 Männer, zwölf Frauen und sieben Minderjährige, die Vergewaltigungen, Gruppenvergewaltigungen und/oder anderen Formen sexualisierter Gewalt durch Angehörige des Geheimdienstes und der Sicherheitskräfte ausgesetzt waren. Sie wurden willkürlich festgenommen, weil sie gegen die jahrzehntelange Unterdrückung und tief verwurzelte geschlechtsspezifische Diskriminierung im Iran protestiert hatten. Bis heute haben die iranischen Behörden noch niemanden wegen der im Bericht dokumentierten Fälle von Vergewaltigung und anderen Formen sexualisierter Gewalt angeklagt oder strafrechtlich verfolgt.

SYSTEMATISCHE SEXUELLE GEWALT. „Die erschütternden Zeug*innenaussagen weisen auf den systematischen Einsatz sexualisierter Gewalt hin. Sie ist eine der wichtigsten Waffen im Arsenal der iranischen Behörden, um Proteste und Kritik zu unterdrücken und so um jeden Preis an der Macht zu bleiben,“ sagt Shoura Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich und sagt weiter: „Die iranischen Staatsanwält*innen und Richter*innen haben sich nicht nur mitschuldig gemacht, indem sie die Anzeigen der Überlebenden über Vergewaltigungen ignorierten oder vertuschten, sondern darüber hinaus auch durch Folter erpresste Geständnisse verwendet, um falsche Anklagen gegen die Überlebenden zu erheben und sie zu Haftstrafen oder sogar zum Tode zu verurteilen. Die Betroffenen haben keinen Rechtsbehelf und keine Wiedergutmachung erhalten – nur syste-

matische Straflosigkeit, Schweigen und tiefe körperliche und seelische Narben.“ Wie der Bericht zeigt, gehören zu den Verantwortlichen für Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt Angehörige der Revolutionsgarden, der paramilitärischen Basidsch-Miliz und des Geheimdienstministeriums sowie verschiedener Abteilungen der Polizei, darunter die Polizei für öffentliche Sicherheit (Police Amniat-e Omoumi), die Ermittlungseinheit der iranischen Polizei (Agahi) und die Spezialeinheiten der Polizei (Yegan-e Vijeh). Zu den Überlebenden gehörten Frauen und Mädchen, die ihr Kopftuch abgenommen hatten, sowie Männer und Jungen, die auf die Straße gingen, um ihre Empörung über jahrzehntelange geschlechtsspezifische Diskriminierung und Unterdrückung zum Ausdruck zu bringen.

SEXUALISIERTE GEWALT IN MEHR ALS DER HÄLFTE ALLER PROVINZEN. Das Ausmaß der sexualisierten Gewalt im Zusammenhang mit der Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ ist schwer einzuschätzen, da Stigmatisierung und Angst vor Repressalien Betroffene gewöhnlich davon abhalten, entsprechende Fälle zu melden. Die Tatsache, dass Amnesty 45 Fälle in mehr als der Hälfte der iranischen Provinzen ausführlich dokumentieren konnte und Überlebende und andere ehemalige Inhaftierte über weitere Fälle von Vergewaltigung und anderen Formen sexualisierter Gewalt gegen zahlreiche inhaftierte Demonstrierende berichten, legt jedoch nahe, dass die dokumentierten Fälle Teil eines systematischen Vorgehens sind. 16 der 45 Überlebenden, die in dem Bericht erwähnt werden, wurden vergewaltigt, darunter sechs Frauen, sieben Männer, ein 14-jähriges Mädchen und zwei Burschen im Alter von 16 und 17 Jahren. Sechs von ihnen – vier

IN EIGENER SACHE:

**Wir suchen
motivierete
Mitstreiter*innen.**

**Wenn du dich mit uns
für die Rechte von
Frauen und Mädchen
einsetzen willst, schreib
uns an [frauenrechte@
amnesty.at](mailto:frauenrechte@amnesty.at)**



Frauen und zwei Männer – wurden von Gruppen von bis zu zehn männlichen Sicherheitskräften vergewaltigt.

Sicherheitskräfte vergewaltigten Frauen und Mädchen vaginal, anal und oral, Männer und Burschen wurden anal vergewaltigt. Die Überlebenden wurden mit Holz- und Metallstöcken, Glasflaschen, Schläuchen und/oder den Geschlechtsorganen und Fingern der Sicherheitskräfte vergewaltigt. Die Vergewaltigungen fanden in Haftenrichtungen und Polizeiwagen statt sowie in Schulen oder Wohnhäusern, die rechtswidrig zu Haftenrichtungen umfunktioniert worden waren.

Amnesty International hat darüber hinaus die Fälle von 29 Überlebenden dokumentiert, die anderen Formen sexualisierter Gewalt als Vergewaltigung ausgesetzt waren. Bei diesen Fällen wurden die Brüste, Genitalien und das Gesäß der Überlebenden von Angehörigen der Sicherheitskräfte brutal begrapscht oder geschlagen, sie wurden in diesen Körperregionen mit Fäusten traktiert und getreten und/oder gezwungen, sich vollständig auszuziehen, manchmal vor Videokameras. Männer wurden an den Hoden mit Elektroschocks, Nadeln oder Eis misshandelt, Frauen wurden die Haare gegen ihren Willen abgeschnitten und/oder sie wurden brutal daran gezogen. Außerdem wurde Überlebenden damit gedroht, sie und/oder ihre Verwandten zu vergewaltigen.

KEINE AUSSICHT AUF GERECHTIGKEIT IM EIGENEN LAND. Die überwältigende Mehrheit der Überlebenden teilte Amnesty International mit, nach der Freilassung keine Anzeige erstattet zu haben, aus Angst, man könne ihnen weiteres Leid zufügen, und aus der Überzeugung, dass es sich bei der Justiz eher um ein Instrument der Unterdrückung denn der Wiedergutmachung handelt.

Amnesty International hat auch ein an die Öffentlichkeit gelangtes offizielles Dokument vom 13. Oktober 2022 untersucht, das im Februar 2023 von einem Medienunternehmen außerhalb des Iran veröffentlicht wurde. Aus diesem geht hervor, dass die Behörden die Vergewaltigungsvorwürfe von zwei jungen Frauen gegen zwei Angehörige der Revolutionsgarden während der Proteste vertuscht haben. Der stellvertretende Staatsanwalt von Teheran schlug in dem Dokument vor, den Fall als „absolut geheim“ einzustufen und ihn „mit der Zeit ad acta zu legen“.

Wie die überlebenden Frauen, Männer und Minderjährigen berichteten, hatten sie auch weiterhin mit den physischen und psychischen Traumata von Vergewaltigung und anderen Formen sexualisierter Gewalt zu kämpfen. Da es im Iran selbst keine Aussicht auf Gerechtigkeit gibt, ist es die Pflicht der internationalen Gemeinschaft, den Überlebenden beizustehen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Sie sollte die Verlängerung des Mandats der UN-Ermittlungsmission für den Iran unterstützen, damit auch weiterhin Beweise für völkerrechtliche Verbrechen und andere schwere Menschenrechtsverletzungen von einem unabhängigen Mechanismus gesammelt, gesichert und analysiert werden. Wir fordern die Staaten auf, im Rahmen der universellen Gerichtsbarkeit in ihren eigenen Ländern strafrechtliche Ermittlungen gegen mutmaßliche Täter*innen einzuleiten, mit dem Ziel, internationale Haftbefehle auszustellen.



© Privat

JEMEN

FATMA AL-ARWALI DROHT DIE HINRICHTUNG

SETZ DICH EIN!

Bitte bis Ende März unterschreiben.



Fatma al-Arwali ist die ehemalige Leiterin des jemenitischen Büros der *Women Leadership Union* der Arabischen Liga und setzt sich aktiv für die Rechte von Frauen ein. Der 34-jährigen droht die Hinrichtung, nachdem das den De-facto-Behörden der Huthi unterstehende Sonderstrafgericht in Sanaa sie am 5. Dezember 2023 nach einem grob unfairen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilte. Am 18. Januar erhielt ihr Bruder einen Anruf von einer unbekanntenen Nummer, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass Fatma al-Arwali am 21. Februar auf dem Tahrir-Platz in der Hauptstadt Sanaa hingerichtet werde. Am 21. Januar suchte er die Zentrale des Geheimdienstes im Bezirk al-Siyasi in Sanaa auf, wo man ihm sagte, dass keine Hinrichtungsanordnung gegen seine Schwester vorliege.

ACHT MONATE „VERSCHWUNDEN“. Am 13. August 2022 wurde Fatma al-Arwali an einem Kontrollpunkt in al Manshour im Gouvernement Taiz von Sicherheitskräften der Huthi festgenommen. Sie fiel etwa acht Monate lang dem Verschwindenlassen zum Opfer. Während dieser Zeit erkundigte sich ihre Familie auf allen Polizeistationen und in allen Gefängnissen in Sanaa nach ihr, doch die Behörden gaben ihnen keinerlei Informationen über ihr

Die Menschenrechtsverteidigerin Fatma al-Arwali wurde im Dezember 2023 vor einem Sonderstrafgericht nach einem grob unfairen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt.

Schicksal und ihren Aufenthaltsort. Später erfuhr die Familie durch inoffizielle Quellen, dass Fatma al-Arwali nach ihrer Festnahme in das Chamlan-Gefängnis des Geheimdienstes in Sanaa gebracht und dort ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten wurde. Dort befindet sie sich auch heute noch. Verschwindenlassen stellt ein Verbrechen unter dem Völkerrecht dar.

WEGEN KOLLABORATION ANGEKLAGT. Am 31. Juli 2023 klagte die Staatsanwaltschaft Fatma al-Arwali wegen mutmaßlicher Kollaboration mit den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie der Übermittlung von Koordinaten zur Offenlegung der Standorte der Huthi-Streitkräfte und der „Volkskomitees“ an, worauf die Todesstrafe steht. Zudem wird ihr vorgeworfen, einen gefälschten Ausweis verwendet zu haben. Daraufhin wurde ihr Fall an das Sonderstrafgericht verwiesen, wo ihr das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren verweigert wurde.

Bei ihrer ersten Anhörung am 19. September 2023 weigerte sich der Richter, die Anwesenheit ihres Rechtsbeistands in das Gerichtsprotokoll aufzunehmen. Anwesende Geheimdienstangehörige versuchten, ihren Rechtsbeistand aus dem Gerichtssaal zu entfernen und der Richter teilte Fatma al-Arwali mit, dass sie keinen rechtlichen Beistand benötige. Fatma al-Arwali sagte vor Gericht aus, dass sie unter grausamen und unmenschlichen Bedingungen in einem unterirdischen Raum festgehalten werde, und beantragte, Besuch von ihren Kindern erhalten zu dürfen.

Am 5. Dezember 2023 verurteilte das Sonderstrafgericht die Menschenrechtlerin wegen „Unterstützung eines feindlichen Landes“ zum Tode.

SIEBEN JAHRE HAFT WEGEN AKTION GEGEN UKRAINEKRIEG

Aleksandra Skochilenko hatte Preisschilder in einem Supermarkt durch Antikriegsinformation ersetzt.

Die russische Künstlerin und Songwriterin Aleksandra Skochilenko wurde am 11. April 2022 festgenommen und befand sich über ein Jahr in Untersuchungshaft. Am 16. November 2023 wurde sie zu sieben Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt. Aleksandra Skochilenko schreibt Lieder, verfasst Comic-Bücher und Cartoons, organisiert Konzerte und Jamsessions. Außerdem hat sie das bekannte und sehr beliebte „Buch über Depressionen“ geschrieben, das dazu beiträgt, das Stigma psychischer Erkrankungen zu verringern.

FRIEDLICHE PROTESTAKTION. Sie wurde wegen „Verbreitung wissentlich falscher Informationen über den Einsatz der russischen Streitkräfte“ verurteilt. In einer friedlichen Protestaktion im März 2022 ersetzte sie Preisschilder in einem Supermarkt in St. Petersburg durch Anti-Kriegsinformationen, darunter Informationen über die Toten durch die Bombardierung des Theaters von Mariupol. Aleksandra Skochilenko leidet an Zöliakie, einer genetischen Glutenintoleranz, und ist daher auf spezielle Nahrung angewiesen. Wenn sie glutenhaltige Nahrung zu sich nimmt, kann das letztlich zu Organversagen, Krebs oder Autoimmunerkrankungen führen. Aleksandra Skochilenko leidet zudem an einem Herzfehler; nach Angaben ihres* Kardialog*in muss sie regelmäßig untersucht und in Zukunft möglicherweise sogar operiert werden. In der Haft erhält sie jedoch weder ausreichend glutenfreies Essen noch medizinische Versorgung. Ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich zunehmend! Aleksandra Skochilenko hat kein Verbrechen begangen. Sie muss sofort freigelassen werden.



SOLDATENFRAUEN PROTESTIEREN

In Russland demonstrieren seit einigen Wochen Angehörige von in der Ukraine kämpfenden Soldaten. Frauen kommen regelmäßig auch aus anderen Städten des Landes nach Moskau gereist, um sich an der Kremli-mauer am Grab des unbekanntes Soldaten zu versammeln und Blumen niederzulegen. Zum 500. Tag der Mobilmachung für den Krieg gegen die Ukraine forderten Angehörige die Rückholung ihrer Männer von der Front und den Verzicht auf eine weitere Mobilmachung. Am 3. Februar nahm die Moskauer Polizei Berichten zufolge rund 30 Personen fest, fast ausschließlich männliche Journalisten, darunter auch solche, die „Presse“-Westen trugen. Die Ehefrauen der Soldaten durften sich nicht versammeln. Die Reporter wollten über die Protestkundgebung *500 Tage Mobilisierung*, die von *Der Weg nach Hause* organisiert wurde, berichten, einer Gruppe, die von Ehefrauen von Soldaten geleitet wird, die für den russischen Krieg gegen die Ukraine eingezogen wurden. Obwohl alle Personen bis auf eine inzwischen wieder freigelassen wurden, haben die Festnahmen die Presseberichterstattung über die Kundgebung stark beeinträchtigt. Den Behörden gelingt es aber nicht, alle Proteste und die Berichterstattung über abweichende Meinungen vollständig zu unterbinden.

CATCALLS - AKTIVISMUS MIT DER KREIDE



Catcalls of Vienna ist eine aktivistische Gruppe junger Menschen, die Bewusstsein für sexuelle und rassistische Belästigung schaffen will. Sie haben uns einige Fragen beantwortet.

WIE KAM ES ZU CATCALLS OF VIENNA? Catcalls wurde 2019 im Zuge der weltweiten *Chalk Back-Bewegung* als queer-feministisches Kollektiv in Wien gegründet und ist Teil der internationalen Chalk Back-Bewegung, die 2016 ihren Ursprung in New York City fand. Seither organisieren sich immer mehr Aktivist*innen weltweit an verschiedenen Orten gemeinsam gegen Street Harassment. Seit 2022 organisieren sich die Cats als gemeinnütziger Verein mit dem Namen „Catcalls of Vienna – Verein zur antisexistischen Bildungsarbeit im öffentlichen Raum“.

Sowohl auf der Straße als auch auf Social Media setzen sie sich für die Thematisierung und Problematisierung von Street Harassment ein. Unter Street Harassment versteht man Belästigungen jeglicher Art im öffentlichen Raum, wie beispielsweise sexuelle oder auch rassistische und queerfeindliche Belästigungen und Angriffe. Betroffene erfahren diese verbal, körperlich und symbolisch. Durch das Berichten und Thematisieren dieser Geschichten möchte sich Catcalls of Vienna für einen freien und sicheren öffentlichen Raum einsetzen.

WAS IST EUER ZIEL/EURE MISSION? Durch das Ankreiden der Geschichten möchte der

Verein verdeutlichen, wie viel Belästigung tatsächlich immer noch stattfindet, welche Ausmaße diese annehmen kann und dass es sich um ein ernstzunehmendes Problem systematischer Natur handelt - nicht bloß um vernachlässigbare Einzelfälle.

Sexualisierende und objektifizierende Gesten, Aussagen und Kommentare sind kein Kompliment, sondern sexuelle Belästigung. Viel zu oft werden Angriffe dieser Art allerdings in ihren Konsequenzen und Hintergründen nicht ernst genommen. Erfahrungen von Betroffenen werden systematisch relativiert, ins Lächerliche gezogen und negiert. Dieses Narrativ ist Teil einer sexistischen und patriarchalen Gesellschaftsordnung, welche die systematische Unterdrückung von FLINTA* aufrechterhält.

Allerdings ist Catcalling in Österreich, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, kein Straftatbestand und somit auch nicht strafrechtlich verfolgbar. Rechtlich sind Betroffenen also die Hände gebunden und sie können praktisch nichts dagegen tun. Der Verein kämpft daher für die Eingliederung von Catcalling in das österreichische Strafrechtsgesetzbuch, da diese ein klares anti-sexistisches und feministisches Zeichen gegen patriarchale Gewalt setzen würde. Es würde



**Die Catcalls machen sexuelle
Belästigung öffentlich sichtbar.**

Fotos. catcallsof.vie

dazu beitragen, Catcalling als ernstzunehmende gesellschaftliche Problematik anzusehen, Relativierungen und Normalisierung entgegenzuwirken und zu einer Solidarisierung mit Betroffenen führen.

WIE KANN MAN SICH EURE ARBEIT KONKRET VORSTELLEN? Um so viel Aufmerksamkeit wie möglich auf das Thema zu lenken, arbeiten wir analog und digital und nutzen so den öffentlichen Raum auf den Straßen Wiens und dazu Social Media. Während wir auf Instagram und Facebook die Geschichten von Betroffenen zunächst sammeln und später dort anonym teilen, kreiden wir auf der Straße die Belästigung im wortwörtlichen Sinne an – und zwar an dem Ort, wo sie stattgefunden hat: So bunt und auffällig wie möglich schreiben wir die Geschichten der Betroffenen nieder.

Dabei handelt es sich um Geschichten über das Angestarrt-Werden, über sexualisierende, homophobe und rassistische Kommentare und auch Geschichte über körperliche Gewalt. Es ist uns wichtig, gerade durch die Arbeit auf der Straße Menschen zu erreichen, die sich nicht selbstbestimmt mit unseren Inhalten auf Social Media auseinandersetzen, sondern zufällig über unsere Ankreidungen im öffentlichen Raum stolpern und ein Bewusstsein dafür bekommen, dass

an diesem Ort, wo sie sich gerade befinden, eine Person gewaltvoll des Raumes verwiesen worden ist.

KANN MAN BEI EUCH MITMACHEN? Die Arbeit des Vereins basiert auf den Aussagen von mutigen Menschen, die sich trauen, ihre Erfahrungen zu teilen. Nur so können die Cats diese Geschichten ankreiden und die Gewalt, die vielen Menschen widerfahren ist, sichtbar machen.

Jede Person kann den Verein in ihrer aktivistischen Arbeit unterstützen - einerseits indirekt - indem man eingreift, zurückredet und Betroffenen Schutz gibt, wenn man einen Übergriff beobachtet. Den Verein kann man andererseits auch direkt durch aktive Mitarbeit, Spenden oder auf Social Media unterstützen, damit möglichst viele von Catcalling betroffene Menschen erreicht werden und diese von der Möglichkeit erfahren, ihre Stimme zu erheben. Für ihr Recht auf Respekt, Sicherheit und Unversehrtheit.

E-Mail: catcallsofvie@gmx.at

@catcallsof.vie

Instagram: <https://www.instagram.com/catcallsof.vie>

Facebook: <https://www.facebook.com/Catcallsofvienna-109201548027596/>

NACH HUNDERT JAHREN NUR EIN BISSCHEN WEITER ...

Martha Tausk: Frühe Kämpferin für einen legalen Schwangerschaftsabbruch

Von *Eva-Maria Jenkins-Krumm*,
Mitglied des Amnesty Netz-
werks Frauenrechte

In Zeiten, in denen Frauen in vielen Ländern immer noch oder wieder für einen legalen, sicheren Schwangerschaftsabbruch kämpfen müssen, lohnt es sich, an eine Frau zu erinnern, die sich diese Forderung schon vor mehr als 100 Jahren auf die Fahnen geschrieben hatte.



Martha Tausk
15.1.1881, Wien – 20.10.1957,
Nijmegen (Niederlande)

parlament.gv.at/Copyright: null

FRAUEN OHNE RECHTE. Martha Tausk wurde 1881 in Wien geboren. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1918 lebte sie also in einer Zeit, in der Frauen weder das Recht hatten zu wählen, noch das Recht auf den Besuch eines Gymnasiums oder den Zugang zu einem Kunst- oder Universitätsstudium oder das Recht auf freie Berufswahl. Und natürlich gab es kein Recht auf Schwangerschaftsabbruch, im Gegenteil: Frauen begaben sich mit illegalen Abtreibungen in Lebensgefahr. All diese Rechte und noch viele andere mussten die Frauen sich im Laufe von Jahrzehnten hart erkämpfen.

FRÜHES ENGAGEMENT. Martha Tausk wollte schon als Jugendliche diese Einschränkungen nicht hinnehmen. Mit Unterstützung ihrer Eltern (der Vater besaß eine kleine Druckerei, die Mutter war engagiert im 1893 gegründeten Allgemeinen Österreichischen Frauenverein) besuchte sie 1897 einen Privatkurs zur Maturavorbereitung für Mädchen, übrigens gemeinsam mit der späteren Kernphysikerin Lise Meitner. Nach der Scheidung von Victor Tausk nach acht Jahren Ehe im Jahr 1908 musste sie als Buchhalterin für die beiden kleinen Söhne sorgen. Daneben engagierte sie sich für die Sozialdemokratie. Während des Ersten Weltkriegs freundete sie sich mit Adelheid Popp, der Begründerin der proletarischen Frauenbewegung in Österreich und mit Friedrich Adler, dem Sohn Victor Adlers, der die Sozialdemokratie begründet hatte, an. Gemeinsam engagierten sie sich gegen den Krieg.

ABGEORDNETE IM STEIRISCHEN LANDTAG. Im November 1918, der Weltkrieg war gerade zu Ende gegangen, trat die provisorische steirische Landesversammlung zusammen. Als die 38jährige Martha Tausk als politische Repräsentantin den Sitzungssaal betrat, ignorierten die anwesenden Männer sie demonstrativ. Nach der Einführung des Wahlrechts für Frauen wenige Tage später wurde die Sozialdemokratin in den Landtag gewählt. Bei ihrer ersten Rede überraschte sie die Abgeordneten mit brillanter Rhetorik und damals geradezu revolutionären Forderungen:

- ◆ Gleichstellung der Frauen mit den Männern
- ◆ Einführung der Sozialversicherung, in der Ehejahre wie Arbeitsjahre berücksichtigt

Quellen:
DER STANDARD, Sa./So., 5./6.
März 2022
„Graz Portraits“ des Graz Museums im Jahr 2008
dasrotewien.at



26. APRIL 2024 - 28. APRIL 2024

HOTEL REGINA, ROOSEVELTPLATZ 15, 1090 WIEN

Die Amnesty International Österreich Mitgliederversammlung 2024 findet in Präsenz mit Diskussionen von Samstag, 27. April bis Sonntag, 28. April 2024 in Wien, im Hotel Regina statt. Im Zentrum der MV 2024 wird der Blick auf unsere Nachbarsektionen stehen.

Am Freitag, den 26. April, findet um 15:00 Uhr eine Parlamentsführung statt, außerdem begrüßen wir die Generalsekretärin von Amnesty Agnès Callamard ab 17:30 Uhr im Votivsaal im Hotel Regina.

Alle Mitglieder von Amnesty International Österreich sind herzlich eingeladen! Egal, ob du schon viele Jahre lang Amnesty International mit deiner Mitgliedschaft unterstützt oder du erst kurz Mitglied bist. Die Mitgliederversammlung bietet für alle interessante Aspekte und Möglichkeiten, Amnesty (neu oder wieder) kennenzulernen.

Alle Infos und Anmelde­möglich­keit auf amnesty.at/news-events/mitgliederversammlung-2024/

GEBEN WIR AUSGRENZUNG MIT KEINER SILBE RAUM

„In den letzten Wochen erlebten wir einen Angriff auf die Grundwerte der Menschlichkeit. Die Normalisierung von diskriminierenden und menschenfeindlichen Begriffen wie „Remigration“ ist nicht nur ein sprachliches Phänomen, sondern hat auch konkrete Auswirkungen auf das soziale Gefüge. Wenn wir stigmatisierende Begriffe wie „Illegalität“ in unsere alltägliche Sprache einziehen lassen, entmenschlichen wir Menschen und stärken Vorurteile. ... Wir appellieren an alle Parteien, in diesem Wahljahr die Vielfalt unserer Gesellschaft zu schützen und sich für eine inklusive Zukunft einzusetzen, in der die Menschenrechte unerschütterlich bleiben.“

Shoura Zehetner-Hashemi, Geschäftsführerin Amnesty International Österreich



Amnesty bei der Demo für Menschenrechte und gegen Rassismus am 26.1.2024 in Wien

© Amnesty-Aktivistin

werden sollten (eine Forderung, die bis heute nicht eingelöst ist)

- ◆ Reduzierung der Arbeitszeit für „Dienstboten“ in Haushalten mit Anspruch auf Freizeit und Urlaub

- ◆ Aufhebung des Eheverbots für Lehrerinnen, mit dem Frauen aus dem Beruf gedrängt werden sollten

- ◆ Und schließlich: Legalisierung von Schwangerschaftsabbruch ohne Fristen: „lieber weniger, aber gesunde Kinder“

„Die Genossin Tausk ergriff das Wort“, schrieb danach die sozialdemokratische Parteizeitung Arbeiterwille. „Die Unruhe legte sich, das Haus gab sich der Sensation hin, zum ersten Mal eine Frau im Landhaus zu hören.“

UMZUG IN DIE SCHWEIZ. 1927 wurde Martha Tausk in den Bundesrat entsandt; da es dort wenig Gestaltungsmöglichkeiten gab, empfand sie diese Arbeit jedoch als wenig erfüllend.

Deshalb folgte sie 1928 dem Ruf Friedrich Adlers zur Sozialistischen Arbeiter Internationale in der Schweiz, wo sie bis 1934 das Frauensekretariat und die Arbeiterinnen-Zeitung „Das Frauenrecht“ leitete. In der Schweiz setzte sie sich vehement für das Frauenwahlrecht ein, wie wir wissen leider ohne Erfolg. In der Schweiz wurde das Frauenwahlrecht erst am 16. März 1971 eingeführt.

RÜCKKEHR NACH ÖSTERREICH UND EXIL. 1934 kehrte Martha Tausk nach Österreich zurück, musste aber 1939 vor der Gestapo in die Niederlande flüchten, wo ihr Sohn lebte. Bis zu ihrem Tod im Jahr 1957 engagierte sie sich dort in der Flüchtlingshilfe. In Graz ist ein Park nach ihr benannt.

WE ARE FACING EXTINCTION

ESCALATING ANTI-LGBTI SENTIMENT, THE WEAPONIZATION OF LAW AND THEIR HUMAN RIGHTS IMPLICATIONS IN SELECT AFRICAN COUNTRIES



©cover des Berichts / Illustration: Dinah Rajemison

In zwölf afrikanischen Ländern werden verstärkt Gesetze als Unterdrückungsinstrumente gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen eingesetzt.

tion zeigt auf, wie sich die Situation für LGBTQIA+ Personen in zwölf afrikanischen Ländern 2023 dramatisch verschlechtert hat. Grundlage dafür sind insbesondere rechtliche Mittel, die zunehmend als Waffen gegen LGBTQIA+ eingesetzt werden.

LGBTQIA+ PERSONEN VERFOLGT UND KRIMINALISIERT. Im Jahr 2023 wurden in vielen afrikanischen Ländern LGBTQIA+ Organisationen verboten und Versammlungen aufgelöst. Übergriffe auf lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen sowie Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Da auch die Unterstützung von LGBTQIA+ zunehmend unter Strafe gestellt wird, verlieren Betroffene ihre Arbeit, ihre Wohnung und den Zugang zu medizinischer Versorgung. Die Situation ist vielerorts so prekär, dass zahlreiche LGBTQIA+ untergetaucht sind oder versuchen zu fliehen.

In Afrika kriminalisieren 31 Länder einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen, obwohl dies in klarem Widerspruch zu regionalen von der Afrikanischen Union etablierten und internationalen Menschenrechtsstandards steht.

In **UGANDA**, wo gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen bereits verboten waren, hat sich 2023 die Situation mit der Verabschiedung des drakonischen Anti-Homosexualitätsgesetzes weiter verschlimmert.

Das Gesetz sieht u.a. die Todesstrafe für „schwerwiegende Homosexualität“ und eine Gefängnisstrafe für die Unterstützung von Homosexualität vor. Das Inkrafttreten des Gesetzes in Uganda hat zu Gesetzesinitiativen in mehreren anderen afrikanischen Ländern geführt, deren Inhalte ähnlich formuliert sind.

In einer neuen Analyse dokumentiert Amnesty International die dramatische Verschlechterung der Lage von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und intergeschlechtlichen Menschen im letzten Jahr.

Im vergangenen Jahr wurden in mehreren afrikanischen Ländern diskriminierende Gesetze ins Parlament eingebracht oder verabschiedet, die Hass gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen (LGBTQIA+) schüren.

„In vielen Ländern Afrikas sind LGBTQIA+ Personen mit einem besorgniserregenden Abbau ihrer Rechte konfrontiert und mit unbittlichen Protesten gegen ihre Identität“, konstatiert Tigere Chagutah, Regionaldirektor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika.

Der neue Amnesty-Bericht *We are facing ex-*

KRIMINALISIERT WEGEN GRAFFITI



Buenos Aires Pride 2022

© Tomás Ramírez Labrousse/Amnesty International

In **GHANA** sind LGBTQIA+ bereits jetzt einer ganzen Reihe von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Die Situation könnte für sie noch gefährlicher werden, wenn das ghanaische Parlament einen der schärfsten Gesetzentwürfe gegen LGBTQIA+ auf dem gesamten Kontinent weiter vorantreibt.

In **MALAWI** leben LGBTQIA+ in einem erschreckend feindlichen Umfeld. Eine diskriminierende Gesetzgebung und anhaltende Menschenrechtsverletzungen schaffen eine Atmosphäre der Angst und Unterdrückung.

In **KENIA** hat 2023 ein Abgeordneter einen Gesetzentwurf zum „Schutz der Familie“ vorgelegt. Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen zu verbieten. Der Entwurf enthält Maßnahmen, die Grundrechte wie das Versammlungsrecht sowie das Recht auf Privatsphäre, den Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit einschränken und den Asylgrund der Verfolgung aufgrund von sexueller Orientierung und Identität abschaffen könnten.

LGBTQIA+ MÜSSEN DRINGEND GESCHÜTZT WERDEN.

Amnesty fordert alle afrikanischen Staaten auf, die Menschenrechte aller Personen gleichermaßen zu schützen und von Bestrebungen, einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen zu kriminalisieren, abzusehen.

Die Kriminalisierung gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen ist im Zuge der Kolonialisierung erfolgt. Insbesondere jene Staaten, die als Kolonialmächte für diese diskriminierende Gesetzgebung verantwortlich waren, müssen Verantwortung übernehmen und sichere Räume für LGBTQIA+ eröffnen..

Pierina Nochetti wurde wegen „schwerer Sachbeschädigung öffentlichen Eigentums“ angeklagt, weil sie ein Graffiti mit der Frage „Wo ist Tehuel?“ an eine öffentliche Wand gesprüht haben soll. Mit dieser Frage fordern Aktivist*innen im ganzen Land Gerechtigkeit. Sie steht im Zusammenhang mit einem 21-jährigen trans Mann, der im Jahr 2021 auf dem Weg zu einem Vorstellungsgespräch „verschwand“. Pierina Nochetti ist Künstlerin, Erzieherin, Mutter von drei Kindern und die Hauptversorgerin der Familie. Sie ist auch Angestellte der Kommunalverwaltung, wo sie wegen ihres Engagements während der Pride Parade 2022 bereits mit administrativen Repressalien, einschließlich Gehaltskürzungen, belegt wurde. Anscheinend wurde bisher niemand wegen der anderen Graffiti an der besprühten Wand angeklagt – auch nicht wegen der dort angebrachten Hassbotschaften. Dies lässt befürchten, dass Pierina Nochetti wegen ihres Engagements für die Rechte von LGBTI+ sowie wegen ihrer Geschlechtsidentität und ihrer sexuellen Orientierung angeklagt wird. Pierina ist aufgrund ihrer Identität stärker von Diskriminierung bedroht.

Pierina Nochetti bezeichnet sich selbst als offene Lesbe und LGBTI-Aktivistin. Seit langem gehört sie der Gruppe an, die die Pride Parade in Necochea, einer Küstenstadt in der Provinz Buenos Aires, organisiert. Sie setzt sich seit Jahren für die Menschenrechte ein und für eine Welt, in der alle Personen ihre Menschenrechte frei und gleichberechtigt genießen können. Pierina Nochetti hat im Zusammenhang mit dem unaufgeklärten Verschwindenlassens des jungen trans Mannes Tehuel de la Torre die Forderung nach Gerechtigkeit unterstützt. Tehuels Familie führt diese Kampagne seit seinem Verschwinden gemeinsam mit transfeministischen und LGBTI-Bewegungen sowie Menschenrechtsorganisationen. Tehuel de la Torre wurde zuletzt am 11. März 2021 gesehen, als er auf dem Weg zu einem Vorstellungsgespräch war.

Die Kriminalisierung einer LGBTI-Aktivistin allein wegen des angeblichen Sprühens eines Graffiti an eine öffentlichen Wand scheint eine unnötige und unverhältnismäßige Sanktion zu sein, die andere davon abhalten könnte, ihre Meinungen und Ideen frei zu äußern.

Setz dich für Pierina ein und schicke den Appellbrief ab.



FRAUENMUSEEN

VON FRAUEN ÜBER FRAUEN FÜR ALLE

Frauenkultur und Frauengeschichte sichtbar zu machen, ist das Ziel von Frauenmuseen in aller Welt.

Weltweit gibt es über 60 Frauenmuseen, die sich 2012 im Netzwerk „International Association of Women’s Museums“ (IAWM) zusammengeschlossen haben. Ihr gemeinsames Ziel ist es, Frauenkultur und Frauengeschichte sichtbar zu machen. Viel zu oft werden Frauen in der Geschichtsschreibung nur erwähnt und ihre Taten nicht für die Nachwelt festgehalten. Zudem gibt es auch in der Geschichtsforschung einen männlichen Blick, der Ereignisse verzerrt interpretiert. Viele dieser lange geglaubten Vorstellungen werden erst jetzt durch technische Errungenschaften und Neuinterpretationen korrigiert. Dazu zählen etwa die lange nicht erforschte Rolle von Frauen als Jägerinnen in der Steinzeit oder die Fehlinterpretationen von Grabbeigaben durch Archäolog*innen.

Um Frauengeschichte in den Mittelpunkt zu rücken, wurden in den 1950er Jahren in den USA die ers-

ten Frauenmuseen gegründet. Überall auf der Welt gibt es mittlerweile solche Museen, etwa im Senegal, in Chile, in Japan und virtuell ein iranisches Frauenmuseum.

Eines der bekanntesten und ältesten Frauenmuseen in Europa ist das Museum in Meran, das seit über 30 Jahren besteht und die Dauerausstellung „Von Frauen über Frauen für alle“ zeigt.

Das Museum zeigt europäische Geschichte anhand von zeitgenössischer Mode und Alltagsgegenständen aus einer weiblichen Perspektive. Die sehenswerte Ausstellung kann auch virtuell besucht werden (museia.it/de/frauenmuseum-meran).

AUSTAUSCH ZWISCHEN FRAUENMUSEEN. Bis heute hat die IAWM ihren Sitz in Meran, von wo aus das Netzwerk regelmäßig Konferenzen und Veranstaltungen organisiert.

So soll der Austausch zwischen den Frauenmuseen weltweit gefördert und die internationale Zusammenarbeit gestärkt werden. Die thematischen Schwerpunkte und



Ausstellungen legen die Kurator*innen der Museen selbst fest, wobei die Erfahrungen von Frauen zentral sind und von politischem Widerstand über Frauenkriminalität bis hin zu Kunst und Kultur reichen.

**„Jede Frau verändert sich,
wenn sie erkennt, dass sie
eine Geschichte hat.“**

Gerda Lerner

EINZIGES FRAUENMUSEUM IN ÖSTERREICH. In Österreich befindet sich das bisher einzige Frauenmuseum in Hittisau, Vorarlberg. Seit über 20 Jahren zeigt das Team in Hittisau, wie vielfältig und spannend Frauengeschichte ist.

Es gab Ausstellungen zu Frida Kahlo, zu den Erfahrungen jüdischer Frauen in der NS-Zeit und die herausragende Jubiläumsausstellung zum Thema Geburtskultur. Bis Oktober 2024 ist die Ausstellung „Blitzblank! Vom Putzen - innen, außen, überall“ noch zu sehen.

Auf den ersten Blick ein ungewöhnlicher Schwerpunkt, wird schnell deutlich, wie sehr die Tätigkeit des Putzens mit zeitgenössischen Rollenbildern, Arbeitsteilungen und gesellschaftlichen Sauberkeitsvorstellungen verbunden ist.

WER BESTIMMT, WER PUTZT? Gleich zu Beginn der Ausstellung werden Plakate aus den 1990er Jahren mit dem Slogan „Ganze Männer machen halbe-halbe“ gezeigt. Mit dieser Kampagne warb die damalige Frauenministerin Helga Konrad für eine gerechtere Aufteilung der Hausarbeit – und bis heute



sind Kinderbetreuung und Hausarbeit ungleich verteilt. Zwischen Kunstwerken und Alltagsgegenständen wird das Wohnen und Putzen aus einer neuen Perspektive erzählt. Ein Highlight der Ausstellung ist die begehbare „Frankfurter Küche“ von Margarete Schütte-Lihotzky, die sie 1926 entwarf, um die Hausarbeit möglichst effizient und zeitsparend zu gestalten.

Wer bestimmt, wer putzt? Was bedeutet schmutzig? Fühlen wir uns sicher, wenn es sauber ist? Je länger man sich im Frauenmuseum Hittisau aufhält, desto mehr gesellschaftliche Konventionen zum Thema Putzen werden hinterfragt.

Ein Besuch lohnt sich.

Frauenmuseum Hittisau

Platz 501, 6952 Hittisau

frauenmuseum.at/

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 10 – 17 Uhr

**Am 8. März dem Weltfrauentag erhalten alle Frauen
kostenlosen Eintritt im Frauenmuseum Hittisau.**

**Von Teresa Elser, Mitglied des
NW Frauenrechte (Text und
Fotos)**

WIR ÜBER UNS

Danke für Deine Solidarität und Deine Unterstützung! Bitte bleib uns weiter verbunden.



Unter dem langen Arm der Kaiserin - beim Safe Abortion Day am 28. September am Maria-Theresien-Platz

Mit diesem kurzen Bericht wollen wir unsere Unterstützer*innen und Spender*innen informieren, wie und zu welchen Themen wir als ehrenamtliche Themengruppe von Amnesty Österreich arbeiten und wofür wir wertvolle Spendengelder verwenden.

Wir sind derzeit eine Runde von etwa 10 bis 12 Frauen unterschiedlichen Alters. Männer haben sich schon lange nicht bei uns engagiert, obwohl sie natürlich herzlich willkommen wären. Alle drei Wochen treffen wir uns im Amnesty-Büro, um zu planen und zu diskutieren. Diese Treffen erleben wir alle als bereichernd, motivierend und verbindend.

UNSERE THEMEN. Arbeitsschwerpunkte ergeben sich vorwiegend aus Material aus der Amnesty-Zentrale in London, aus den frauenrechtlich relevanten Kampagnen von Amnesty Österreich und gelegentlich aus Kooperationsanfragen.

Kontinuierlich und seit vielen Jahren arbeiten wir mit der *Gesellschaft unabhängiger iranischer Frauen* - GIF – zusammen.

Frauenrechte im Iran sind schließlich ein Schwerpunkt unseres Engagements. Auch *LEFÖ – Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen* unterstützen wir seit langem, vor allem im Bereich der Rechte von Sexarbeiterinnen. 2023 schlossen wir uns der Initiative *#Aus Prinzip* für die völlige Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch an.

Wichtig ist es für uns natürlich, möglichst viele Menschen über die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen an Frauen in aller Welt zu informieren – mit dem monatlichen Newsletter, über Social Media und diese Zeitschrift.

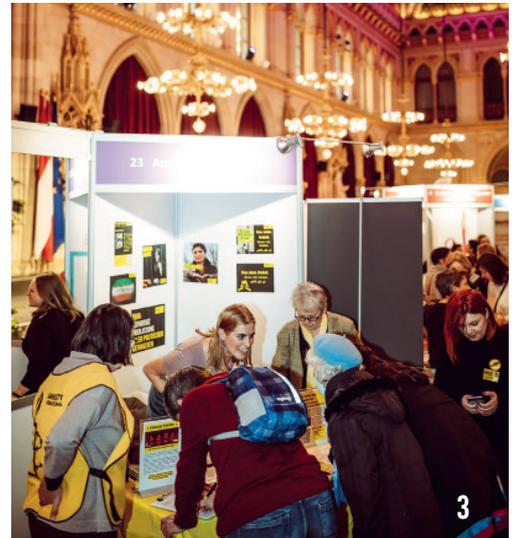
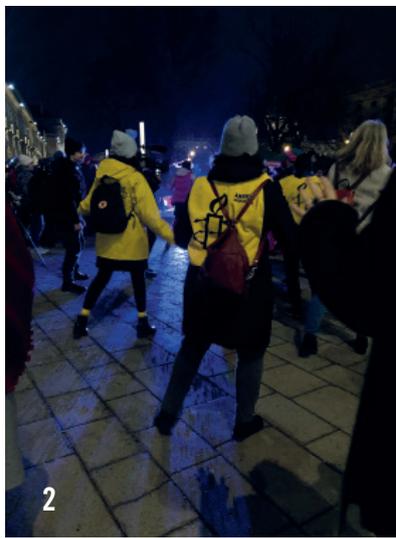
UNSERE AKTIONEN 2023. Fotos der wichtigsten Öffentlichkeitsaktionen findest du auf den Fotos rechts. Mehr als 20 Aktionen organisierten oder unterstützten wir 2023. Nicht unerwähnt bleiben darf eine bewegende Filmveranstaltung. Am 10. September 2023, vor dem Todestag von Jina Mahsa Amini, lud das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte gemeinsam mit GIF, der *Gesellschaft unabhängiger Iranischer Frauen* in Österreich, zur Österreich-Premiere des Films „Sieben Winter in Teheran“ ein. Ein erschütternder Film über die 2014 im Iran hingerichtete Reyhaneh. Und unser langjähriges Gruppenmitglied Shiva sprach bei einer Podiumsdiskussion während der Iranwoche der VHS Urania. Natürlich beteiligen wir uns auch an Aktivitäten und Kampagnen, die Amnesty Österreich für alle Aktivist*innen organisiert.

DANKE FÜR DEINE SPENDE. Mit den Spendengeldern decken wir unseren Verwaltungsaufwand ab. Den bei weitem größten Anteil machen die Druck- und Versandkosten für diese Zeitschrift aus.

FRAUENTAG 8. MÄRZ

BESUCHE UNS AM 8. MÄRZ AM INFOTAND IM WIENER RATHAUS. Jedes Jahr findet im Rathaus rund um den Internationalen Frauentag am 8. März ein umfangreiches Programm statt. Auch 2024 können sich Frauen und Mädchen Informationen und Beratung zu Weiterbildung, Frauenpolitik, Gewaltschutz und vielen anderen Themen holen. An unserem Infotisch kannst du die Arbeit für Frauenrechte bei Amnesty Österreich kennen lernen und deine Solidarität mit Frauen in Gefahr zeigen.

Termin: 8. März 2023, 16 bis 19 Uhr
Ort: Wiener Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse 2, 1010 Wien



- 1 - Rosen- und Flyerverteilen für die Frauen in Afghanistan mit dem NW Flucht & Migration am Wiener Karlsplatz im Jänner
- 2 - Tanzen bei One Billion Rising, 24. Feb.
- 3 - Am Frauentag im Wiener Rathaus
- 4 - Infostand mit Aktivist*innen der Region Wien Anfang April
- 5 - Beim „Hurentag“ von LEFÖ am 2. Juni
- 6 - Solidaritätsaktion mit den Frauen im Iran und Picknick im Donaupark, August
- 7 - Protestaktion mit der LGBTIQ-Community bei der slowakischen Botschaft gegen ein transfeindliches Gesetz, September
- 8 - Aktion vor dem Parlament mit der Frauenhelpline zu den 16 Tagen gegen Gewalt



- 9 - Gruppe Wien unterstützt unsere Anliegen mit mehreren Mahnwachen
- 10 - Am 6. Dezember 2023 bei der Ausstellungseröffnung von Kris Katta „Wende deinen Blick nicht ab – Bilder gegen Gewalt und Frauen* und Mädchen* in der VHS Seestadt





©ArmyAmber, pixabay

**Eine Frau,
gleichgestellt, wird
überlegen.**

*Sokrates,
469 - 399 Chr. v. Chr.*

GENDER PAY GAP. Ausgerechnet auf den Valentinstag fiel heuer der Equal Pay Day. Statistisch haben Frauen bis zu diesem Datum gratis gearbeitet. Frauen bekommen im Schnitt 12,4 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen. Gleichwertige Leistung wird unterschiedlich bewertet, je nachdem ob die Leistung von einem Mann oder einer Frau erbracht wird. In kaum einem anderen Land in der EU bekommen Frauen um so viel weniger Lohn als die männlichen Kollegen.

Mädchen wird immer wieder empfohlen, technische Berufe zu wählen. Doch selbst in diesen Branchen verdienen sie weniger als Männer. Und - drängen vermehrt Frauen in eine Branche, dann sinkt im Schnitt der Lohn.

Quelle: Momentum Institut

OMAS GEGEN OMA-KARENZ. Wenig abgewinnen können die *Omas gegen Rechts* dem Vorschlag von Kanzler Nehammer einer Karenz für Großeltern. Monika Salzer, Gründerin der Omas gegen Rechts, kritisiert das Konzept scharf. „Die Regierung hat es verabsäumt, Eltern ein ordentliches Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen. Und jetzt will man die Ressource Großeltern anzapfen.“ Wenn von Großeltern die Rede ist, sind damit vor allem die Großmütter gemeint. Kinderbetreuung und Hausarbeit sind in Österreich immer noch Frauensache. Die Beteiligung von Vätern an der Elternkarenz sank zuletzt sogar.

„Für uns Großeltern war es oft schon eine herausfordernde Aufgabe, unsere eigenen Kinder großzuziehen. Großmütter haben genug geleistet und sollen auch einmal ein Stück Freiheit genießen“, räumt Salzer mit dem Mythos auf, Großeltern seien grundsätzlich versessen darauf, Enkel zu betreuen.

Quelle: dieStandard

AFGHANISTAN: GESUNDHEITSKRISE TRIFFT FRAUEN BESONDERS. Der starke Rückgang der internationalen Entwicklungshilfe hat dem öffentlichen Gesundheitssystem Afghanistans seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 schweren Schaden zugefügt. Die katastrophale Gesundheitskrise trifft Frauen besonders hart, berichtet *Human Rights Watch*. Schon vor der Talibanherrschaft hatte Afghanistan eine der höchsten Zahlen an Müttersterblichkeit.

DEUTSCHLAND: SCHUTZ VOR RADIKALEN ABTREIBUNGSGEGNER*INNEN. Immer wieder protestieren radikale Abtreibungsgegner*innen in der Nähe von Beratungsstellen. Künftig sollen Frauen davor besser geschützt werden. Das Kabinett hat im Jänner ein Gesetz gegen die sogenannte Gehsteigbelästigung gebilligt. Demos sind damit in der Nähe von Beratungsstellen verboten. Schwangere dürfen nicht gegen ihren Willen angesprochen werden.

Quelle: tagesschau.de

EU EINIGT SICH AUF GEWALTSCHUTZGESETZ. Europaparlament und EU-Staaten einigten sich Anfang Februar auf ein Gesetz, das schärfere Strafen für sexualisierte und häusliche Gewalt vorsieht. Dieses soll einheitlich innerhalb der EU-Staaten gelten. Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung (FGM) und Cybergewalt stehen künftig in der gesamten EU unter Strafe. EU-Staaten müssen eine nationale Hotline einrichten, die Gewaltopfer rund um die Uhr und kostenlos erreichen können. Bei der Definition von Vergewaltigung konnte keine Einigung gefunden werden. „Das neue Gewaltschutzpaket auf EU-Ebene ist ein großer frauenpolitischer Schritt. Eine Einigung auf einen neuen Strafbestand zu Vergewaltigung, der auf Konsens basiert, konnte allerdings nicht erreicht werden. Das ist ein fatales Signal – gerade angesichts dessen, wie viele Frauen von sexualisierter Gewalt durch Männer betroffen sind“, sagte Klaudia Friebe, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.



**Sichtbares Statement in der Kirchengasse,
Wien, während der 16 Tage gegen Gewalt**

AbsenderIn:

Krasnov Igor Viktorovich
Prosecutor General of the Russian
Federation
ul. Bolshaya Dmitrovka, 15a, str. 1
GSP-3, Moscow, 125993
RUSSISCHE FÖDERATION

Dear Prosecutor General,

I am writing to urge you to ensure the immediate and unconditional release of artist **Aleksandra Skochilenko**, who has been sentenced to seven years in prison, for “disseminating knowingly false information about Russian Armed Forces” (Article 207.3 of the Criminal Code). This is not an internationally recognised crime as it restricts the human right to freedom of expression in a manner that is contrary to Russia’s international human rights obligations and its own Constitution.

Aleksandra Skochilenko is a prisoner of conscience as she has been imprisoned solely for exercising her right to freedom of expression.

Aleksandra Skochilenko has serious health problems – she suffers from celiac disease and heart disease. According to her doctors, Aleksandra requires adequate medical supervision and a strict gluten-free diet, which is not available in the penitentiary system. She has already been in custody for more than a year and a half. Her health condition deteriorated greatly during this detention, and further incarceration will make it worse and may put her life in danger.

I urge you to ensure that Aleksandra Skochilenko is released immediately and unconditionally. Her verdict must be overturned. Meanwhile, taking into account her health conditions and doctors’ recommendations I urge you to ensure that Aleksandra Skochilenko is held in conditions that meet international standards and is urgently provided the adequate medical care she requires.

Sincerely,

AMNESTY FORDERT:

Sprechen Sie sich bitte dafür aus, dass Aleksandra Skochilenko umgehend und bedingungslos freigelassen und ihr Schuldspruch aufgehoben wird.

Bitte stellen Sie bis dahin sicher, dass die Haftbedingungen und die Behandlung von Aleksandra Skochilenko internationalen Standards entsprechen und dass sie angesichts ihrer Erkrankungen und der ärztlichen Empfehlungen umgehend Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung erhält.

AbsenderIn:

José Luis Cipolletti
Fiscal Superior
UFI n°1 Departamental Necochea
Public Prosecutor's Office of the
Provincia de Buenos Aires
Avenida 75, 371 Necochea, PBA
CP: 7630
ARGENTINIEN

Dear Head Prosecutor Jose Luis Cipolletti,

I am concerned over the prosecution of **Pierina Nochetti** on charges of „aggravated damage“ for allegedly painting a graffiti in a public wall with the question „Where is Tehuel?“. This question has been a wide call of a collective claim for justice in the disappearance of a 21-year-old trans man when he was on his way to a job interview in 2021.

Pierina is an artist, educator, mother of three kids and the main provider for her family. She is also an employee of the local government, where she has already faced administrative reprisals for her activism during the 2022 Pride Parade, including salary reduction. Since there seems to be no record of accusations for other paintings on the same wall, which include hateful messages, I am concerned that she is being targeted for her activism in support of LGBTI+ rights, as well as for her gender identity, gender expression and sexual orientation.

I call on you to drop the charge of „aggravated damage“ against Pierina Nochetti as it appears to be an unnecessary and disproportionate restriction on the right to freedom of expression. Imposing such charges on human rights defenders for freely expressing themselves sends a chilling message that could further curtail the right to protest peacefully.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt,

Pierina Nochetti, eine lesbische Menschenrechtsaktivistin, ist wegen „schwerer Sachbeschädigung“ angeklagt, weil sie aus Protest gegen das Verschwindenlassen eines jungen trans Mannes in der argentinischen Stadt Necochea ein Graffiti gesprüht haben soll. Ihre Gerichtsverhandlung ist auf den 6. März angesetzt, und ihr droht eine Haftstrafe von bis zu 4 Jahren.

Ich fordere Sie höflich auf, die Anklage gegen Pierina Nochetti wegen „schwerer Sachbeschädigung“ fallen zu lassen, da sie eine unnötige und unverhältnismäßige Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu sein scheint. Mit derartig schweren Anklagen auf die freie Meinungsäußerung von Menschenrechtsverteidiger*innen zu reagieren, sendet eine abschreckende Botschaft, die das Recht auf friedlichen Protest weiter einschränken könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Mr. Abdul Haq Wasiq
Director of Intelligence
General Directorate of Intelligence
Chaharani Zanbaq
Kabul
AFGHANISTAN

Dear Mr. Abdul Haq Wasiq,

I am writing to express my grave concern over the arbitrary arrest and detention of prominent woman human rights defender Manizha Seddiqi in Afghanistan. She has been arbitrarily detained simply for exercising her rights to freedom of expression and peaceful assembly. Manizha Seddiqi, also a member of the Spontaneous Movement of Afghan Women, was forcibly disappeared on 9 October 2023 and found weeks later in the custody of the Taliban. She was sent to Pul-e-Charkhi prison in Kabul on 5 December 2023. Amnesty International's findings indicate that Manizha Seddiqi has been deprived of family visits, lacks access to lawyers as well as access to medical care and is in a deteriorating health condition.

The arrest of Manizha Seddiqi contravenes international human rights law, including the International Covenant on Civil and Political Rights, to which Afghanistan is a state party. It is a clear violation of the rights to freedom of expression and peaceful assembly. I therefore call on you to:

Immediately and unconditionally release Manizha Seddiqi!

- Pending her release, ensure that her detention conditions meet international standards, and that she is provided with access to lawyers and medical care, and can receive family visits.
- Immediately stop subjecting women and their families to arbitrary arrest and detention, enforced disappearance, and other grave human rights violations simply for exercising their rights.

Respectfully,

Sehr geehrter Herr Haq Wasiq,

Seit der erneuten Machtergreifung der Taliban im August 2021 werden immer wieder Frauen, die gegen die drastischen Maßnahmen der Taliban protestieren, Opfer des Verschwindenlassens, willkürlich festgenommen und inhaftiert sowie gefoltert oder anderweitig misshandelt. Am 9. Oktober 2023 „verschwand“ die Menschenrechtsverteidigerin Manizha Seddiqi, später wurde bekannt, dass sie sich im Gewahrsam der Taliban befand. Am 5. Dezember 2023 wurde sie in ein Gefängnis überstellt. Sie hatte bisher keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand, darf keine regelmäßigen Familienbesuche erhalten und ist in Gefahr, gefoltert oder misshandelt zu werden. Bislang ist keine Anklage gegen sie erhoben worden.

Ich fordere Sie auf, Manizha Seddiqi unverzüglich und bedingungslos freizulassen.

Sorgen Sie bitte dafür, dass die Inhaftierte bis zu ihrer Freilassung unter Bedingungen festgehalten wird, die internationalen Standards entsprechen, und dass sie Zugang sowohl zu medizinischer Versorgung als auch zu ihrer Familie und Rechtsbeiständen ihrer Wahl erhält.

Beenden Sie umgehend willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, das Verschwindenlassens und andere schwerer Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen* und ihre Angehörigen, nur weil sie ihre Rechte wahrnehmen.

Hochachtungsvoll

VERFOLGUNG VON FEMINISTINNEN BEENDEN!

Seit der Machtergreifung der Taliban im August 2021 werden immer wieder Frauen*, die gegen die drastischen Maßnahmen der Taliban protestieren, Opfer des Verschwindenlassens, willkürlich festgenommen, inhaftiert und gefoltert.



Die Taliban verbannen Frauen ins Haus - ohne Recht auf Bildung, Beruf und eigenständige Entscheidungen.

© Kiana Hayeri / Amnesty International

Im Oktober 2023 „verschwand“ die Menschenrechtsverteidigerin Manizha Seddiqi. Später wurde bekannt, dass sie sich im Gewahrsam der Taliban befand. Im Dezember 2023 wurde sie in ein Gefängnis überstellt. Seitdem wird sie ohne Anklage festgehalten. Seit der erneuten Machtergreifung der Taliban im August 2021 werden Frauen, die gegen die drastischen Maßnahmen der Taliban protestieren, immer wieder Opfer des Verschwindenlassens, willkürlich festgenommen und inhaftiert sowie gefoltert oder anderweitig misshandelt.

WILLKÜRLICH IN HAFT. Die bekannte Menschenrechtsverteidigerin Manizha Seddiqi wurde am 9. Oktober willkürlich in ihrem Zuhause festgenommen, nur weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wahrgenommen hat. Manizha Seddiqi wurde am 5. Dezember 2023 ins Kabuler Pul-e Charkhi-Gefängnis verlegt. Amnesty International fand heraus, dass Manizha Seddiqi Familienbesuche vorenthalten werden, und, dass sie weder Zugang zu einem Rechtsbeistand noch zu der benötigten medizinischen Versorgung hat.

Ihre Gesundheit verschlechtert sich zusehends. Außerdem ist zu befürchten, dass sie der Gefahr von Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt ist.

WEITERE AKTIVISTINNEN FESTGENOMMEN. Manizha Seddiqi ist Mitglied der feministischen Organisation „Spontaneous Movement of Afghan Women“. Etwa zur gleichen Zeit – zwischen September und November 2023 – nahmen die Taliban drei weitere prominente Menschenrechtsverteidigerinnen willkürlich fest: Parisa Azada, Neda Parwani und Zholia Parsi. Auch sie hatten keinen Zugang zu Rechtsbeiständen oder regelmäßigen Familienbesuchen, während sie in Haft waren, und sie wurden keiner Straftat angeklagt. Während die drei wieder freigelassen wurden, ist Manizha Seddiqi weiter in Haft. Die Festnahme der Menschenrechtsverteidigerin verstößt gegen mehrere internationale Menschenrechtsabkommen wie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, zu dessen Vertragsstaaten Afghanistan gehört. Außerdem ist ihre Festnahme ein Verstoß gegen die Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief noch im März ab.



ES WURDE MIR OFT GESAGT: ‚WAS HABEN WIR NOCH ZU VERLIEREN? WIR DÜRFEN EH FAST NICHTS [...]. DANN GEHEN WIR EBEN AUF DIE STRASSE, RISKIEREN UNSER LEBEN, ABER VIELLEICHT WIRD ES BESSER.‘

Shoura Zehetner-Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich über die Proteste im Iran im Podcast „SCHWARZ AUF GELB“ von Amnesty International



JETZT REINHÖREN!

Auf Apple Podcasts, Spotify und allen anderen gängigen Podcast-Plattformen.

IMPRESSUM. Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin:

Eigenverlag Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43

Offenlegung: gem § 25 MedienG www.amnesty.at/impressum

Gedruckt auf Recyclingpapier

Redaktion & Gestaltung: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte / Theresia Kandler

Vereinsregister ZVR: 407408993

Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben.

Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International

Amnesty Info – Netzwerk Frauenrechte, Nr. 1, März 2024

Wenn du die **AKTIV.IST.IN** in Zukunft nicht mehr zugesendet bekommen willst, kannst du sie jederzeit durch ein E-Mail an aktiv.ist.in@amnesty.at oder per Post an Amnesty International, Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien abbestellen.

Österreichische Post AG, MZ 02Z 031 256M